

Eine neue Außenpolitik für Europa

Geschrieben von Jeffrey Sachs

Die Europäische Union braucht eine neue Außenpolitik, die auf den tatsächlichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Europas basiert. Europa befindet sich derzeit in einer selbstverschuldeten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Falle, die durch seine gefährliche Feindseligkeit gegenüber Russland, gegenseitiges Misstrauen gegenüber China und extreme Vulnerabilität gegenüber den Vereinigten Staaten gekennzeichnet ist. Die Außenpolitik Europas wird fast ausschließlich von der Angst vor Russland und China bestimmt – was zu einer sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geführt hat.

Die Unterwürfigkeit Europas gegenüber den USA rührt fast ausschließlich von seiner übergeordneten Furcht vor Russland her, einer Furcht, die durch die russophoben Staaten Osteuropas und eine falsche Darstellung des Ukraine-Krieges noch verstärkt wurde. Ausgehend von der Überzeugung, dass Russland die größte Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellt, ordnet die EU alle anderen außenpolitischen Themen – Wirtschaft, Handel, Umwelt, Technologie und Diplomatie – den Vereinigten Staaten unter. Ironischerweise wird sich eng an Washington gebunden, obwohl die Vereinigten Staaten in ihrer eigenen Außenpolitik gegenüber der EU schwächer, instabiler, unberechenbarer, irrationaler und gefährlicher geworden sind, bis hin zu offenen Drohungen gegen die europäische Souveränität in Grönland.

Um eine neue Außenpolitik zu entwerfen, muss Europa die falsche Prämisse seiner extremen Vulnerabilität gegenüber Russland überwinden. Das Narrativ von Brüssel, der NATO und Großbritannien besagt, dass Russland von Natur aus expansionistisch ist und Europa überrennen wird, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. Die sowjetische Besetzung

Osteuropas von 1945 bis 1991 soll diese Bedrohung heute beweisen. Dieses falsche Narrativ interpretiert das Verhalten Russlands in Vergangenheit und Gegenwart völlig falsch.

Der erste Teil dieses Essays zielt darauf ab, die falsche Prämisse zu korrigieren, dass Russland eine ernsthafte Bedrohung für Europa darstellt. Der zweite Teil wirft einen Blick auf eine neue europäische Außenpolitik, sobald Europa seine irrationale Russophobie überwunden hat.

Die falsche Prämisse des westlichen Imperialismus Russlands

Die Außenpolitik Europas basiert auf der angeblichen Sicherheitsbedrohung Europas durch Russland. Diese Prämisse ist jedoch falsch. Russland wurde wiederholt von den großen Westmächten (insbesondere Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten in den letzten zwei Jahrhunderten) angegriffen und strebt seit langem nach Sicherheit durch eine Pufferzone zwischen dem eigenen Land und den Westmächten.

Die umkämpfte Pufferzone umfasst das heutige Polen, die Ukraine, Finnland und die baltischen Staaten. Diese Region zwischen den westlichen Mächten und Russland ist für die wichtigsten Sicherheitsprobleme verantwortlich, mit denen Westeuropa und Russland konfrontiert sind.

Zu den wichtigsten westlichen Kriegen, die seit 1800 gegen Russland eingeleitet wurden, gehören:

- Die französische Invasion in Russland 1812 (Napoleonische Kriege)
- Die britische und französische Invasion Russlands 1853–1856 (Krimkrieg)
- Die deutsche Kriegserklärung an Russland am 1. August 1914 (Erster Weltkrieg)
- Die Intervention der Alliierten im russischen Bürgerkrieg 1918–1922 (Russischer Bürgerkrieg)
- Die deutsche Invasion Russlands 1941 (Zweiter Weltkrieg)

Jeder dieser Kriege stellte eine existenzielle Bedrohung für das Überleben Russlands dar. Aus russischer Sicht stellten die Nichtentmilitarisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die Gründung der NATO, die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO im Jahr 1955, die Osterweiterung der NATO nach 1991 und der anhaltende Ausbau von US-Militärstützpunkten und Raketensystemen in Osteuropa nahe der russischen Grenze die größten Bedrohungen für die nationale Sicherheit Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg dar.

Russland hat auch mehrfach westlich expandiert:

- Russlands Angriff auf Ostpreußen im Jahr 1914

- Der Ribbentrop-Molotow-Pakt (deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt) von 1939, der Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufteilte und die Annexion der baltischen Staaten im Jahr 1940
- Die Invasion Finnlands im November 1939 (der Winterkrieg)
- Die sowjetische Besetzung Osteuropas von 1945 bis 1989
- Die russische Invasion der Ukraine im Februar 2022

Diese russischen Vorgehensweisen werden von Europa als objektiver Beweis für Russlands Expansionismus nach Westen angesehen, doch eine solche Sichtweise ist naiv, ahistorisch und propagandistisch. In allen fünf Fällen handelte Russland zum Schutz seiner nationalen Sicherheit – wie es selbst meinte – und nicht aus Gründen des Expansionismus nach Westen. Diese grundlegende Wahrheit ist der Schlüssel zur Lösung des heutigen Konflikts zwischen Europa und Russland. Russland strebt keine Expansion nach Westen an, sondern die Wahrung seiner nationalen Sicherheit.

Der Westen hat jedoch lange Zeit versäumt, die grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen Russlands anzuerkennen, geschweige denn zu respektieren.

Betrachten wir diese fünf Fälle der angeblichen Expansion Russlands nach Westen.

Der erste Fall, der Angriff Russlands auf Ostpreußen im Jahr 1914, kann unmittelbar zurückgestellt werden. Das Deutsche Reich hatte am 1. August 1914 als erstes Russland den Krieg erklärt. Die Invasion Russlands in Ostpreußen war eine direkte Reaktion auf die Kriegserklärung Deutschlands. Der zweite Fall, das Abkommen Sowjetrusslands mit Hitlers Drittem Reich zur Aufteilung Polens im Jahr 1939 und die Annexion der baltischen Staaten im Jahr 1940, wird im Westen als eindeutiger Beweis für die Perfidie Russlands angesehen. Auch dies ist eine vereinfachte und falsche Interpretation der Geschichte. Wie Historiker wie E. H. Carr, Stephen Kotkin und [Michael Jabara Carley](#) sorgfältig dokumentiert haben, wandte sich Stalin 1939 an Großbritannien und Frankreich, um ein Verteidigungsbündnis gegen Hitler zu bilden, der seine Absicht erklärt hatte, im Osten Krieg gegen Russland zu führen (um Lebensraum, slawische Sklavenarbeiter und die Niederlage des Bolschewismus zu erlangen).

Stalins Versuch, ein Bündnis mit den Westmächten zu schmieden, wurde vollständig zurückgewiesen. Polen weigerte sich, sowjetische Truppen im Falle eines Krieges mit Deutschland auf polnischem Boden zuzulassen. Der Hass der westlichen Elite auf den sowjetischen Kommunismus war mindestens ebenso groß wie ihre Angst vor Hitler. Tatsächlich lautete ein gängiger Spruch unter den britischen rechten Eliten Ende der 1930er Jahre: „Lieber Hitlerismus als Kommunismus.“

Da es nicht gelang, ein Verteidigungsbündnis zu schließen, strebte Stalin daraufhin die Schaffung einer Pufferzone gegen die bevorstehende deutsche Invasion in Russland an. Die Teilung Polens und die Annexion der baltischen Staaten waren taktische Maßnahmen, um

Zeit für die bevorstehende Schlacht von Armageddon gegen Hitlers Armeen zu gewinnen, die am 22. Juni 1941 mit der deutschen Invasion der Sowjetunion im Rahmen der Unternehmen Barbarossa eintrafen. Die vorangegangene Teilung Polens und die Annexion der baltischen Staaten dürften die Invasion verzögert und die Sowjetunion vor einer schnellen Niederlage durch Hitler bewahrt haben.

Der dritte Fall, Russlands Winterkrieg mit Finnland, wird in Westeuropa (und insbesondere in Finnland) ebenfalls als Beweis für Russlands expansionistische Natur angesehen. Doch auch hier war die grundlegende Motivation Russlands defensiver und nicht offensiver Natur. Russland befürchtete, dass der deutsche Einmarsch teilweise über Finnland erfolgen und Leningrad schnell von Hitler eingenommen werden würde. Die Sowjetunion schlug Finnland daher vor, Gebiete mit der Sowjetunion zu tauschen (insbesondere die Abtretung der Karelischen Landenge und einiger Inseln im Finnischen Meerbusen im Austausch gegen russische Gebiete), um die Verteidigung Leningrads durch Russland zu ermöglichen. Finnland lehnte diesen Vorschlag ab, woraufhin die Sowjetunion am 30. November 1939 in Finnland einmarschierte. In der Folge schloss sich Finnland während des „Fortsetzungskrieges“ zwischen 1941 und 1944 Hitlers Armeen im Krieg gegen die Sowjetunion an.

Der vierte Fall, die sowjetische Besetzung Osteuropas (und die fortgesetzte Annexion der baltischen Staaten) während des Kalten Krieges, wird in Europa als weiterer bitterer Beweis für die grundlegende Bedrohung der europäischen Sicherheit durch Russland angesehen. Die sowjetische Besetzung war in der Tat brutal, aber auch sie hatte eine defensive Motivation, die in der westlichen europäischen und amerikanischen Darstellung völlig übersehen wird. Die Sowjetunion trug die Hauptlast der Niederlage Hitlers und verlor in diesem Krieg unglaubliche 27 Millionen Bürger. Russland stellte am Ende des Krieges eine übergeordnete Forderung: dass seine Sicherheitsinteressen durch einen Vertrag garantiert werden, der es vor zukünftigen Bedrohungen durch Deutschland und den Westen im Allgemeinen schützt. Der Westen, nun angeführt von den Vereinigten Staaten, lehnte diese grundlegende Sicherheitsforderung ab. Der Kalte Krieg ist das Ergebnis der Weigerung des Westens, die vitalen Sicherheitsinteressen Russlands zu respektieren. Natürlich ist die Geschichte des Kalten Krieges, wie sie in der westlichen Erzählung dargestellt wird, genau das Gegenteil – dass der Kalte Krieg ausschließlich auf Russlands kriegerische Versuche zurückzuführen sei, die Welt zu erobern!

Hier ist die tatsächliche Geschichte, die Historikern gut bekannt ist, aber der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten und Europa fast völlig fremd ist. Am Ende des Krieges strebte die Sowjetunion einen Friedensvertrag an, der ein vereintes, neutrales und entmilitarisiertes Deutschland schaffen sollte. Auf der [Potsdamer Konferenz im Juli 1945](#), an der die Staats- und Regierungschefs der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten teilnahmen, einigten sich die drei Alliierten auf „die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Beseitigung oder Kontrolle aller deutschen Industriezweige, die für die militärische Produktion genutzt werden könnten“. Deutschland sollte vereinigt, befriedet und entmilitarisiert werden. All dies sollte durch einen Vertrag zur

Beendigung des Krieges gesichert werden. Tatsächlich arbeiteten die USA und Großbritannien sorgfältig an der Unterminierung dieses Kernprinzips.

Bereits im Mai 1945 beauftragte Winston Churchill seinen Stabschef mit der Ausarbeitung eines Kriegsplans, um Mitte 1945 mit einem Überraschungsangriff auf die Sowjetunion zu beginnen, unter dem Codenamen [Operation Unthinkable](#) (Operation Udenkbar). Obwohl die britischen Militärstrategen einen solchen Krieg für unrealistisch hielten, setzte sich schnell die Vorstellung durch, dass sich die Amerikaner und Briten auf einen bevorstehenden Krieg mit der Sowjetunion vorbereiten sollten. Die Kriegsplaner gingen davon aus, dass ein solcher Krieg wahrscheinlich Anfang der 1950er Jahre stattfinden würde. Churchills Ziel war es offenbar, zu verhindern, dass Polen und andere Länder Osteuropas unter den Einflussbereich der Sowjetunion fielen. Auch in den Vereinigten Staaten betrachteten hochrangige Militärplaner die Sowjetunion innerhalb weniger Wochen nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 als den unmittelbaren Feind Amerikas.

Die USA und Großbritannien rekrutierten umgehend Nazi-Wissenschaftler und hochrangige Geheimdienstmitarbeiter (wie Reinhard Gehlen, einen Nazi-Führer, der von Washington bei der Gründung des deutschen Nachkriegsgeheimdienstes unterstützt werden sollte), um mit der Planung des bevorstehenden Krieges gegen die Sowjetunion zu beginnen. Der Kalte Krieg brach vor allem aus, da die Amerikaner und Briten die in Potsdam vereinbarte Wiedervereinigung und Entmilitarisierung Deutschlands ablehnten. Stattdessen gaben die Westmächte die deutsche Wiedervereinigung auf und gründeten aus den drei Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs die Bundesrepublik Deutschland (BRD oder Westdeutschland). Die BRD sollte unter amerikanischer Ägide reindustrialisiert und remilitarisiert werden. 1955 wurde Westdeutschland in die NATO aufgenommen.

Während Historiker leidenschaftlich darüber debattieren, wer sich an die Vereinbarungen von Potsdam gehalten hat und wer nicht (wobei der Westen beispielsweise auf die Weigerung der Sowjetunion verweist, eine wirklich repräsentative Regierung in Polen zuzulassen, wie in Potsdam vereinbart), besteht kein Zweifel daran, dass die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland durch den Westen die entscheidende Ursache für den Kalten Krieg war.

1952 schlug Stalin eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von Neutralität und Entmilitarisierung vor. Dieser Vorschlag wurde von den Vereinigten Staaten abgelehnt. 1955 einigten sich die Sowjetunion und Österreich auf einen Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich im Gegenzug für die Zusage Österreichs zur dauerhaften Neutralität. [Der Österreichische Staatsvertrag](#) wurde am 15. Mai 1955 von der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Frankreich und dem Vereinigten Königreich zusammen mit Österreich unterzeichnet und führte damit zum Ende der Besatzung. Das Ziel der Sowjetunion war es nicht nur, die Spannungen um Österreich zu lösen, sondern auch den Vereinigten Staaten ein erfolgreiches Modell für den Rückzug der Sowjetunion aus Europa in Verbindung mit Neutralität aufzuzeigen. Erneut lehnten die Vereinigten Staaten den sowjetischen Appell zur Beendigung des Kalten Krieges auf der Grundlage der Neutralität

und Entmilitarisierung Deutschlands ab. Noch 1957 appellierte der amerikanische Experte für sowjetische Angelegenheiten, George Kennan, in seiner dritten [Reith Lecture für die BBC](#) öffentlich und eindringlich an die Vereinigten Staaten, sich mit der Sowjetunion auf einen gegenseitigen Truppenabzug aus Europa zu einigen. Kennan betonte, dass die Sowjetunion weder eine militärische Invasion Westeuropas anstrebe noch daran interessiert sei. Die US-amerikanischen Kalten Krieger unter der Führung von John Foster Dulles wollten davon jedoch nichts wissen. Bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde kein Friedensvertrag mit Deutschland zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet.

Es ist hervorzuheben, dass die Sowjetunion nach 1955 die Neutralität Österreichs und auch die anderer neutraler Länder Europas (darunter Schweden, Finnland, die Schweiz, Irland, Spanien und Portugal) respektierte. Der finnische Präsident Alexander Stubb erklärte kürzlich, dass die Ukraine aufgrund der negativen Erfahrungen Finnlands (dessen Neutralität 2024 mit dem Beitritt des Landes zur NATO endete) die Neutralität ablehnen sollte. Das ist ein seltsamer Gedanke. Finnland bewahrte während der Neutralität den Frieden, erzielte bemerkenswerten wirtschaftlichen Wohlstand und schoss an die Spitze der Weltliga der glücklichsten Länder (laut World Happiness Report).

Präsident John F. Kennedy zeigte den möglichen Weg zur Beendigung des Kalten Krieges auf, der auf gegenseitigem Respekt für die Sicherheitsinteressen aller Seiten beruhte. Kennedy blockierte den Versuch des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, Atomwaffen aus Frankreich zu erwerben, und beruhigte damit die sowjetischen Bedenken hinsichtlich eines atomar bewaffneten Deutschlands. Auf dieser Grundlage handelte JFK erfolgreich den Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser mit seinem sowjetischen Amtskollegen Nikita Chruschtschow aus. Kennedy wurde höchstwahrscheinlich einige Monate später aufgrund seiner Friedensinitiative von einer Gruppe von CIA-Agenten ermordet. Im Jahr 2025 veröffentlichte Dokumente bestätigen den seit langem gehegten Verdacht, dass Lee Harvey Oswald direkt von James Angleton, einem hochrangigen CIA-Beamten, geführt wurde. Die nächste Friedensinitiative der USA gegenüber der Sowjetunion wurde von Richard Nixon angeführt. Auch er wurde durch die Watergate-Affäre zu Fall gebracht, die ebenfalls Anzeichen einer CIA-Operation aufweist, die nie aufgeklärt wurde.

Michail Gorbatschow beendete schließlich den Kalten Krieg, indem er einseitig den Warschauer Pakt auflöste und aktiv die Demokratisierung Osteuropas vorantrieb. Ich war an einigen dieser Ereignisse beteiligt und wurde Zeuge einiger Friedensbemühungen Gorbatschows. Im Sommer 1989 beispielsweise forderte Gorbatschow die kommunistische Führung Polens auf, eine Koalitionsregierung mit den oppositionellen Kräften unter Führung der Solidarność-Bewegung zu bilden. Das Ende des Warschauer Pakts und die Demokratisierung Osteuropas, die beide von Gorbatschow vorangetrieben wurden, führten schnell zu Forderungen des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl nach einer Wiedervereinigung Deutschlands. Dies führte 1990 zu den Wiedervereinigungsverträgen zwischen der BRD und der DDR und zum sogenannten 2+4-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Alliierten Mächten: den USA, Großbritannien, Frankreich

und der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten und Deutschland versprachen Gorbatschow im Februar 1990 ausdrücklich, dass die NATO „im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung keinen Zentimeter nach Osten vorrücken würde“. Diese Tatsache wird heute von den westlichen Mächten weitgehend geleugnet, lässt sich jedoch leicht überprüfen. Dieses wichtige Versprechen über den Verzicht auf eine NATO-Erweiterung wurde mehrfach gegeben, aber nicht in den Text des 2+4-Vertrags aufgenommen, da dieser Vertrag die deutsche Wiedervereinigung betraf und nicht die Osterweiterung der NATO.

Der fünfte Fall, Russlands Invasion der Ukraine im Februar 2022, wird im Westen erneut als Beweis für Russlands unverbesserlichen Imperialismus gegenüber dem Westen angesehen. Das Lieblingswort westlicher Medien, Experten und Propagandisten lautet, dass die Invasion Russlands „unproviziert“ und somit ein Beweis für Putins unerbittliches Streben sei, nicht nur das Russische Reich wiederherzustellen, sondern auch weiter nach Westen vorzustoßen, was bedeute, dass Europa sich auf einen Krieg mit Russland vorbereiten müsse. Das ist eine absurde Lüge, die jedoch von den Leitmedien so oft wiederholt wird, dass sie in Europa weithin geglaubt wird.

Tatsächlich wurde die russische Invasion im Februar 2022 so sehr vom Westen provoziert, dass man vermuten könnte, es handele sich tatsächlich um einen amerikanischen Plan, um die Russen in einen Krieg zu verwickeln und Russland zu besiegen oder zu schwächen. Dies ist eine glaubwürdige Behauptung, wie eine lange Reihe von Aussagen zahlreicher US-Beamter bestätigt. Nach der Invasion erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, das Ziel Washingtons sei es, „Russland so weit zu schwächen, dass es nicht mehr in der Lage ist, Maßnahmen wie die Invasion der Ukraine zu ergreifen. Die Ukraine kann gewinnen, wenn sie über die richtige Ausrüstung und die richtige Unterstützung verfügt.“

Die größte Provokation der USA gegenüber Russland war die Osterweiterung der NATO entgegen den Versprechungen von 1990 mit einem wichtigen Ziel: Russland mit NATO-Staaten in der Schwarzmeerregion zu umgeben und es so daran zu hindern, seine auf der Krim stationierte Seemacht im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten einzusetzen. Damit verfolgten die USA letztlich dasselbe Ziel wie Palmerston und Napoleon III. im Krimkrieg: die russische Flotte aus dem Schwarzen Meer zu verbannen. Zu den NATO-Mitgliedern würden die Ukraine, Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Georgien gehören, wodurch eine Schlinge gebildet würde, um die Seemacht Russlands im Schwarzen Meer zu strangulieren. Brzezinski beschrieb diese Strategie in seinem 1997 erschienenen Buch *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, in dem er behauptete, dass Russland sich sicherlich dem Willen des Westens beugen würde, da es keine andere Wahl hätte. Brzezinski lehnte ausdrücklich die Vorstellung ab, dass Russland sich jemals mit China gegen Europa verbünden würde.

Die gesamte Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 ist geprägt von westlicher Hybris (wie der Historiker Jonathan Haslam seine hervorragende Darstellung betitelte), in der die Vereinigten Staaten und Europa glaubten, sie könnten die NATO und amerikanische Waffensysteme (wie Aegis-Raketen) nach Osten drängen, ohne Rücksicht auf die nationalen Sicherheitsinteressen Russlands zu nehmen. Die Liste der westlichen

Provokationen ist zu lang, um sie hier im Detail wiederzugeben, aber eine Zusammenfassung umfasst Folgendes:

Erstens begannen die Vereinigten Staaten entgegen den 1990 gemachten Versprechungen mit der Osterweiterung der NATO, die der damalige Präsident Bill Clinton 1994 ankündigte. Clintons Verteidigungsminister William Perry erwog damals, wegen der Rücksichtslosigkeit der US-Maßnahmen, die im Widerspruch zu früheren Versprechungen standen, zurückzutreten. Die erste Welle der NATO-Erweiterung erfolgte 1999 und umfasste Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Im selben Jahr bombardierten NATO-Truppen 78 Tage lang Serbien, einen Verbündeten Russlands, um das Land zu spalten, wobei die NATO rasch einen neuen großen Militärstützpunkt in der abtrünnigen Provinz Kosovo errichtete. Im Jahr 2004 umfasste die zweite Welle der NATO-Osterweiterung sieben Länder, darunter Russlands direkte Nachbarn im Baltikum und zwei Länder am Schwarzen Meer – Bulgarien und Rumänien. Im Jahr 2008 erkannte die Mehrheit der EU-Staaten den Kosovo als unabhängigen Staat an, entgegen den europäischen Beteuerungen, dass die europäischen Grenzen unantastbar seien.

Zweitens gaben die USA das Rahmenwerk zur Kontrolle von Atomwaffen auf, indem sie 2002 einseitig aus dem Vertrag über ballistische Raketen ausstiegen. 2019 gab Washington in ähnlicher Weise den Vertrag über mittelstreckige Nuklearwaffen auf. Trotz heftiger Einwände Russlands begannen die USA mit der Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien und behielten sich im Januar 2022 das Recht vor, solche Systeme auch in der Ukraine zu stationieren.

Drittens drangen die Vereinigten Staaten tief in die Innenpolitik der Ukraine ein und gaben Milliarden von Dollar aus, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, Mediendienste zu schaffen und die Innenpolitik der Ukraine zu lenken. Die Wahlen in der Ukraine von 2004 bis 2005 werden weithin als eine von den USA initiierte Farbrevolution angesehen, bei der die Vereinigten Staaten ihren verdeckten und offenen Einfluss sowie ihre Finanzmittel einsetzten, um die Wahlen zugunsten der von den USA unterstützten Kandidaten zu lenken.

In den Jahren 2013–2014 spielten die Vereinigten Staaten eine direkte Rolle bei der Finanzierung der Maidan-Proteste und der Unterstützung des gewaltsamen Staatsstreichs, der den neutralitätsorientierten Präsidenten Viktor Janukowitsch stürzte und damit den Weg für ein ukrainisches Regime ebnete, welches eine NATO-Mitgliedschaft befürwortete. Zufälligerweise wurde ich kurz nach dem gewaltsamen Putsch vom 22. Februar 2014, der Janukowitsch stürzte, zu einem Besuch auf dem Maidan eingeladen. Die Rolle der amerikanischen Finanzierung der Proteste wurde mir von einer US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation dargelegt, die tief in die Ereignisse auf dem Maidan involviert war.

Viertens drängten die Vereinigten Staaten ab 2008 trotz der Einwände mehrerer europäischer Staats- und Regierungschefs die NATO dazu, sich zur Erweiterung um die Ukraine und Georgien zu bekennen.

Der damalige US-Botschafter in Moskau, William J. Burns, schickte ein mittlerweile berühmtes Memo mit dem Titel „Nyet Means Nyet: Russia’s NATO Enlargement Redlines“ (Nein heißt Nein: Russlands rote Linien bei der NATO-Erweiterung) nach Washington, in dem er erklärte, dass die gesamte russische politische Klasse die NATO-Erweiterung um die Ukraine zutiefst ablehne und befürchte, dass dies zu Bürgerkriegen in der Ukraine führen würde.

Fünftens: Nach dem Maidan-Putsch spalteten sich die ethnisch russischen Regionen der Ostukraine (Donbass) von der durch den Putsch eingesetzten neuen westukrainischen Regierung ab. Russland und Deutschland einigten sich schnell auf die Minsker Vereinbarungen, wonach die beiden abtrünnigen Regionen (Donezk und Luhansk) Teil der Ukraine bleiben sollten, jedoch mit lokaler Autonomie nach dem Vorbild der lokalen Autonomie der ethnisch deutschen Region Südtirol in Italien. Minsk II, das vom UN-Sicherheitsrat unterstützt wurde, hätte den Konflikt beenden können, aber die Regierung in Kiew beschloss mit Unterstützung Washingtons, die Autonomie nicht umzusetzen. Die Nichtumsetzung von Minsk II vergiftete die Diplomatie zwischen Russland und dem Westen.

Sechstens haben die Vereinigten Staaten die ukrainische Armee (Aktivdienst plus Reserve) bis 2020 kontinuierlich auf rund eine Million Soldaten aufgestockt. Die Ukraine und ihre rechtsgerichteten paramilitärischen Bataillone (wie das Asow-Bataillon und der Rechte Sektor) führten wiederholte Angriffe gegen die beiden abtrünnigen Regionen durch, wobei Tausende Zivilisten im Donbass durch ukrainischen Beschuss ums Leben kamen.

Siebtens legte Russland Ende 2021 einen Entwurf für ein [Sicherheitsabkommen zwischen Russland und den USA](#) vor, in dem vor allem ein Ende der NATO-Erweiterung gefordert wurde. Die Vereinigten Staaten lehnten die Forderung Russlands nach einem Ende der NATO-Erweiterung ab und bekräftigten ihre „Politik der offenen Tür“, wonach Drittländer wie Russland kein Mitspracherecht bei der NATO-Erweiterung haben. Die USA und die europäischen Länder bekräftigten wiederholt die letztendliche Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO. Der US-Außenminister soll dem russischen Außenminister im Januar 2022 mitgeteilt haben, [dass die Vereinigten Staaten sich das Recht vorbehalten](#), trotz der Einwände Russlands Mittelstreckenraketen in der Ukraine zu stationieren.

Achtens: Nach dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 erklärte sich die Ukraine schnell zu Friedensverhandlungen bereit, die auf einer Rückkehr zur Neutralität basierten. Diese Verhandlungen fanden in Istanbul unter Vermittlung der Türkei statt. Ende März 2022 gaben Russland und die Ukraine ein gemeinsames Memorandum heraus, in dem sie über Fortschritte bei einem Friedensabkommen berichteten. Am 15. April [wurde ein Vertragsentwurf](#) vorgelegt, der einer umfassenden Einigung nahekam. Zu diesem Zeitpunkt intervenierten die Vereinigten Staaten und teilten den Ukrainern mit, dass sie das Friedensabkommen nicht unterstützen würden, sondern stattdessen die Ukraine bei der Fortsetzung der Kämpfe bestärken würden.

Die hohen Kosten einer gescheiterten Außenpolitik

Russland hat weder territoriale Ansprüche gegenüber westeuropäischen Ländern geltend gemacht, noch hat Russland Westeuropa bedroht, abgesehen vom Recht auf Vergeltungsmaßnahmen gegen von westlicher Seite unterstützte Raketenangriffe innerhalb Russlands. Bis zum Maidan-Putsch 2014 hat Russland keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber der Ukraine geltend gemacht. Nach dem Putsch von 2014 und bis Ende 2022 war die einzige territoriale Forderung Russlands die Krim, um den russischen Marinestützpunkt in Sewastopol vor dem Zugriff des Westens zu schützen. Erst nach dem Scheitern des Istanbul Friedensprozesses – torpediert durch die Vereinigten Staaten – forderte Russland die Annexion der vier Oblaste der Ukraine (Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja). Die erklärten Kriegsziele Russlands sind nach wie vor begrenzt und umfassen die Neutralität der Ukraine, eine teilweise Entmilitarisierung, den dauerhaften Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft und die Übertragung der Krim und der vier Oblaste an Russland, die etwa 19 Prozent des Territoriums der Ukraine von 1991 ausmachen.

Dies ist kein Beweis für einen russischen Imperialismus in Richtung Westen. Es handelt sich auch nicht um unprovokierte Forderungen. Die Kriegsziele Russlands sind das Ergebnis von mehr als 30 Jahren russischer Einwände gegen die Osterweiterung der NATO, die Aufrüstung der Ukraine, die Aufgabe des Atomwaffenrahmens durch die USA und die tiefgreifende Einflussnahme des Westens auf die Innenpolitik der Ukraine, einschließlich der Unterstützung eines gewaltsamen Staatsstreichs im Jahr 2014, der die NATO und Russland auf einen direkten Kollisionskurs gebracht hat.

Europa hat sich dafür entschieden, die Ereignisse der letzten 30 Jahre als Beweis für Russlands unerbittlichen und unverbesserlichen Expansionismus nach Westen zu interpretieren – genauso wie der Westen darauf bestand, dass allein die Sowjetunion für den Kalten Krieg verantwortlich war, obwohl die Sowjetunion wiederholt den Weg zum Frieden durch Neutralität, Vereinigung und Abrüstung Deutschlands aufgezeigt hatte. Genau wie während des Kalten Krieges entschied sich der Westen dafür, Russland zu provozieren, anstatt dessen völlig verständliche Sicherheitsbedenken anzuerkennen. Jede russische Handlung wurde maximal als Zeichen russischer Perfidie interpretiert, ohne jemals die russische Seite der Auseinandersetzung anzuerkennen. Dies ist ein anschauliches Beispiel für das klassische Sicherheitsdilemma, in dem Gegner völlig aneinander vorbeireden, vom Schlimmsten ausgehen und aufgrund ihrer falschen Annahmen aggressiv handeln.

Die Entscheidung Europas, den Kalten Krieg und die Zeit nach dem Kalten Krieg aus dieser stark voreingenommenen Perspektive zu interpretieren, ist zu enormen Kosten für Europa eingetreten, und diese Kosten steigen weiter an.

Vor allem aber gelangte Europa zu der Ansicht, dass es in Sicherheitsfragen vollständig von den Vereinigten Staaten abhängig sei. Wenn Russland tatsächlich unverbesserlich expansionistisch sei, dann wären die Vereinigten Staaten in der Tat Europas notwendiger Retter. Wenn hingegen das Verhalten Russlands tatsächlich seine Sicherheitsbedenken widerspiegelte, dann hätte der Kalte Krieg höchstwahrscheinlich schon Jahrzehnte früher

nach dem Vorbild der österreichischen Neutralität beendet werden können, und die Zeit nach dem Kalten Krieg hätte eine Periode des Friedens und wachsenden Vertrauens zwischen Russland und Europa darstellen können.

Tatsächlich ergänzen sich die Volkswirtschaften Europas und Russlands, wobei Russland über einen großen Reichtum an Rohstoffen (Landwirtschaft, Mineralien, Kohlenwasserstoffe) und Ingenieurskunst verfügt, während Europa die Heimat energieintensiver Industrien und wichtiger Hochtechnologien ist. Die Vereinigten Staaten haben sich lange Zeit gegen die wachsenden Handelsbeziehungen zwischen Europa und Russland gewehrt, die aus dieser natürlichen Komplementarität resultierten, da sie die russische Energieindustrie als Konkurrenten zum US-Energiesektor betrachteten und ganz allgemein die engen Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland als Bedrohung für die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der USA in Westeuropa ansahen. Aus diesen Gründen lehnten die Vereinigten Staaten die Pipelines Nord Stream 1 und 2 schon lange vor dem Konflikt um die Ukraine ab. Aus diesem Grund versprach Biden ausdrücklich, Nord Stream 2 im Falle einer russischen Invasion der Ukraine zu unterbinden – was auch geschah. Die Ablehnung der USA gegenüber Nord Stream und den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland beruhte auf allgemeinen Grundsätzen: Die EU und Russland sollten auf Distanz gehalten werden, damit die USA ihren Einfluss in Europa nicht verlieren.

Der Krieg in der Ukraine und die Spaltung Europas mit Russland haben der europäischen Wirtschaft großen Schaden zugefügt. Die Exporte Europas nach Russland sind von rund 90 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf nur noch 30 Milliarden Euro im Jahr 2024 eingebrochen. Die Energiekosten sind in die Höhe geschneit, da Europa von kostengünstigem russischem Pipelinegas auf US-Flüssiggas ausgewichen ist, das um ein Vielfaches teurer ist. Die deutsche Industrie ist seit 2020 um rund 10 Prozent geschrumpft, und sowohl die deutsche Chemie- als auch die Automobilbranche befinden sich in einer Krise. [Der IWF prognostiziert](#) für 2025 ein Wirtschaftswachstum der EU von nur 1 Prozent und für den Rest des Jahrzehnts von rund 1,5 Prozent.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat ein dauerhaftes Verbot der Wiederaufnahme der Gaslieferungen durch Nord Stream gefordert, was für Deutschland jedoch fast einem wirtschaftlichen Selbstmord gleichkommt. Es basiert auf Merz' Ansicht, dass Russland einen Krieg mit Deutschland anstrebt, aber Tatsache ist, dass Deutschland durch Kriegstreiberei und massive militärische Aufrüstung einen Krieg mit Russland provoziert. Laut Merz „ist eine realistische Sichtweise auf die imperialistischen Bestrebungen Russlands erforderlich“. Er erklärt: „Ein Teil unserer Gesellschaft hat eine tief verwurzelte Angst vor Krieg. Ich teile sie nicht, aber ich kann sie verstehen.“ Am alarmierendsten ist jedoch, dass Merz erklärt hat, „die Mittel der Diplomatie seien ausgeschöpft“, obwohl er offenbar seit seinem Amtsantritt nicht einmal versucht hat, mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Gespräche zu führen. Darüber hinaus scheint er bewusst die Augen vor dem Beinahe-Erfolg der Diplomatie im Jahr 2022 im Istanbul-Prozess zu verschließen – also bevor die Vereinigten Staaten der Diplomatie ein Ende setzten.

Die westliche Haltung gegenüber China spiegelt die Haltung gegenüber Russland wider. Der Westen unterstellt China oft böswillige Absichten, die in vielerlei Hinsicht Projektionen seiner eigenen feindseligen Absichten gegenüber der Volksrepublik sind. Chinas rascher Aufstieg zur wirtschaftlichen Vorherrschaft in den Jahren 1980 bis 2010 veranlasste amerikanische Politiker und Strategen zu der Auffassung, dass Chinas weiterer wirtschaftlicher Aufstieg den Interessen der USA zuwiderläuft. Im Jahr 2015 erklärten die US-Strategen [Robert Blackwill und Ashley Tellis](#) deutlich, dass die amerikanische Hegemonie die große strategische Zielsetzung der USA sei und dass China, bedingt durch seine Größe und seinen Erfolg, eine Bedrohung für diese Hegemonie darstelle. Blackwill und Tellis befürworteten eine Reihe von Maßnahmen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, um Chinas zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg zu behindern, wie beispielsweise den Ausschluss Chinas aus neuen Handelsblöcken im asiatisch-pazifischen Raum, die Beschränkung des Exports westlicher Hochtechnologiegüter nach China, die Einführung von Zöllen und anderen Beschränkungen für chinesische Exporte sowie weitere Maßnahmen gegen China. Es ist zu beachten, dass diese Maßnahmen nicht aufgrund konkreter Verfehlungen Chinas empfohlen wurden, sondern, so die Autoren, weil Chinas anhaltendes Wirtschaftswachstum der amerikanischen Vorherrschaft zuwiderlief.

Ein Teil der Außenpolitik gegenüber Russland und China besteht in einem Medienkrieg, um diese angeblichen Feinde des Westens zu diskreditieren. Im Falle Chinas hat der Westen das Land so dargestellt, als würde es in der Provinz Xinjiang einen Völkermord an der uigurischen Bevölkerung begehen. Diese absurde und hochgespielte Anschuldigung kam [ohne ernsthafte Beweise](#), während der Westen im Allgemeinen die Augen vor dem tatsächlichen Völkermord an Zehntausenden Palästinensern in Gaza durch seinen Verbündeten Israel verschließt. Darüber hinaus enthält die westliche Propaganda eine Reihe absurder Behauptungen über die chinesische Wirtschaft. Chinas äußerst wertvolle Belt and Road Initiative, die Entwicklungsländern Finanzmittel für den Aufbau moderner Infrastruktur zur Verfügung stellt, wird als „Schuldenfalle“ verspottet. Chinas bemerkenswerte Fähigkeit, grüne Technologien wie Solarmodule herzustellen, die die Welt dringend benötigt, wird vom Westen als „Überkapazität“ verspottet, die eingeschränkt oder abgeschafft werden sollte.

In militärischer Hinsicht wird das Sicherheitsdilemma gegenüber China ebenso wie gegenüber Russland auf die bedrohlichste Weise interpretiert. Die Vereinigten Staaten verkünden seit langem ihre Fähigkeit, Chinas wichtige Seewege zu stören, bezeichnen China dann aber als militaristisch, wenn es als Reaktion darauf Maßnahmen zum Aufbau eigener Seestreitkräfte ergreift. Anstatt Chinas militärische Aufrüstung als klassisches Sicherheitsdilemma zu betrachten, das durch Diplomatie gelöst werden sollte, erklärt die US-Marine, dass sie sich bis 2027 auf einen Krieg mit China vorbereiten muss. Die NATO fordert zunehmend ein aktives Engagement in Ostasien, das sich gegen China richtet. Die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten stimmen im Allgemeinen mit der aggressiven amerikanischen Haltung gegenüber China überein, sowohl in Bezug auf den Handel als auch auf das Militär.

Eine neue Außenpolitik für Europa

Europa hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert, indem es sich den Vereinigten Staaten unterwirft, direkte Diplomatie mit Russland ablehnt, durch Sanktionen und Krieg seinen wirtschaftlichen Vorsprung verliert, sich zu massiven und unerschwinglichen Erhöhungen der Militärausgaben verpflichtet und langfristige Handels- und Investitionsbeziehungen sowohl zu Russland als auch zu China abbricht. Das Ergebnis sind steigende Schulden, wirtschaftliche Stagnation und ein wachsendes Risiko eines großen Krieges, was Merz offenbar nicht erschreckt, aber den Rest von uns in Angst und Schrecken versetzen sollte. Der wahrscheinlichste Krieg ist vielleicht nicht der mit Russland, sondern der mit den Vereinigten Staaten, die unter Trump damit gedroht haben, Grönland zu beschlagnahmen, sollte Dänemark Grönland nicht einfach an Washington verkaufen oder unter dessen Souveränität stellen. Es ist durchaus möglich, dass Europa sich ohne echte Freunde wiederfindet: weder Russland noch China, aber auch nicht die Vereinigten Staaten, die arabischen Staaten (verärgert über Europas Blindheit gegenüber dem Völkermord Israels), Afrika (das immer noch unter dem europäischen Kolonialismus und Post-Kolonialismus leidet) und darüber hinaus.

Es gibt natürlich einen anderen Weg – einen vielversprechenden sogar, wenn die europäischen Politiker die wahren Sicherheitsinteressen und -risiken Europas neu bewerten und die Diplomatie wieder in den Mittelpunkt der europäischen Außenpolitik stellen. Ich schlage zehn praktische Schritte vor, um eine Außenpolitik zu erreichen, die den wahren Bedürfnissen Europas entspricht.

Erstens: Aufnahme direkter diplomatischer Gespräche mit Moskau. Das offensichtliche Versagen Europas, direkte diplomatische Beziehungen zu Russland aufzunehmen, ist verheerend. Europa glaubt vielleicht sogar an seine eigene außenpolitische Propaganda, da es versäumt, die wichtigsten Fragen direkt mit seinem russischen Gegenüber zu besprechen.

Zweitens sollte Europa sich auf Verhandlungen mit Russland über einen Frieden in der Ukraine und die Zukunft der kollektiven Sicherheit in Europa vorbereiten. Vor allem sollte Europa mit Russland vereinbaren, den Krieg auf der Grundlage einer festen und unwiderruflichen Zusage im Hinblick auf eine Nicht-Erweiterung der NATO um die Ukraine, Georgien oder andere östliche Länder zu beenden. Darüber hinaus sollte Europa einige pragmatische territoriale Veränderungen in der Ukraine zugunsten Russlands akzeptieren.

Drittens sollte Europa die Militarisierung seiner Beziehungen zu China ablehnen, beispielsweise indem es jegliche Funktion der NATO in Ostasien ablehnt. China stellt absolut keine Bedrohung für die Sicherheit Europas dar, und Europa sollte aufhören, blindlings die amerikanischen Hegemonieansprüche in Asien zu unterstützen, die auch ohne die Unterstützung Europas gefährlich und illusorisch genug sind. Im Gegenteil, Europa sollte seine Zusammenarbeit mit China in den Bereichen Handel, Investitionen und Klima verstärken.

Viertens sollte Europa sich für eine vernünftige institutionelle Form der Diplomatie entscheiden. Die derzeitige Form ist nicht praktikabel. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik dient hauptsächlich als Sprachrohr für Russophobie, während die tatsächliche hochrangige Diplomatie – soweit sie überhaupt existiert – verwirrenderweise abwechselnd von einzelnen europäischen Staats- und Regierungschefs, dem Hohen Vertreter der EU, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, dem Präsidenten des Europäischen Rates oder einer unterschiedlichen Kombination der oben genannten Personen geleitet wird. Kurz gesagt, niemand spricht klar für Europa, da es gar keine klare EU-Außenpolitik gibt.

Fünftens sollte Europa erkennen, dass die EU-Außenpolitik von der NATO abgekoppelt werden muss. Tatsächlich braucht Europa die NATO nicht, da Russland nicht im Begriff ist, in die EU einzufallen. Europa sollte zwar eigene, von den Vereinigten Staaten unabhängige militärische Kapazitäten aufbauen, jedoch zu weitaus geringeren Kosten als 5 % des BIP, was ein absurdes numerisches Ziel ist, das auf einer völlig übertriebenen Einschätzung der russischen Bedrohung basiert. Darüber hinaus sollte die europäische Verteidigung nicht mit der europäischen Außenpolitik gleichgesetzt werden, obgleich beide in der jüngsten Vergangenheit völlig miteinander verwechselt wurden.

Sechstens sollten die EU, Russland, Indien und China bei der grünen, digitalen und verkehrstechnischen Modernisierung des eurasischen Raums zusammenarbeiten. Die nachhaltige Entwicklung Eurasiens ist ein Gewinn für die EU, Russland, Indien und China und kann nur durch friedliche Zusammenarbeit zwischen den vier großen eurasischen Mächten erreicht werden.

Siebtens sollte Europas Global Gateway, der Finanzierungsarm für Infrastruktur in Nicht-EU-Ländern, mit Chinas Belt and Road Initiative zusammenarbeiten. Derzeit wird das Global Gateway als Konkurrent zur BRI dargestellt. Tatsächlich sollten beide Kräfte zusammenwirken, um die grüne Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur für Eurasien gemeinsam zu finanzieren.

Achtens sollte die Europäische Union die Finanzierung des European Green Deal (EGD) verstärken und damit den Übergang Europas zu einer kohlenstoffarmen Zukunft beschleunigen, anstatt 5 % des BIP für militärische Ausgaben zu verschwenden, die für Europa weder notwendig noch von Nutzen sind. Höhere Ausgaben für den EGD haben zwei Vorteile. Erstens werden sie regionale und globale Vorteile für die Klimasicherheit mit sich bringen. Zweitens werden sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich der grünen und digitalen Technologien der Zukunft stärken und damit ein neues tragfähiges Wachstumsmodell für Europa schaffen.

Neuntens sollte die EU mit der Afrikanischen Union zusammenarbeiten, um Bildung und Qualifizierung in den AU-Mitgliedstaaten massiv auszubauen. Mit einer Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen, die bis Mitte des Jahrhunderts auf rund 2,5 Milliarden anwachsen wird, verglichen mit der Bevölkerung der EU von rund 450 Millionen, wird die wirtschaftliche Zukunft Afrikas tiefgreifende Auswirkungen auf die Europas haben. Die beste

Hoffnung für den Wohlstand Afrikas ist der rasche Aufbau einer fortgeschrittenen Bildung und Qualifizierung.

Zehntens sollten die EU und die BRICS-Staaten den Vereinigten Staaten klar und deutlich zu verstehen geben, dass die zukünftige Weltordnung nicht auf Hegemonie, sondern auf Rechtsstaatlichkeit gemäß der UN-Charta basiert. Das ist der einzige Weg zu echter Sicherheit für Europa und die Welt. Die Abhängigkeit von den USA und der NATO ist eine grausame Illusion, insbesondere angesichts der Instabilität der Vereinigten Staaten selbst. Die Bekräftigung der UN-Charta hingegen kann Kriege beenden (z. B. durch die Beendigung der Straffreiheit Israels und die Durchsetzung der Urteile des Internationalen Gerichtshofs zur Zwei-Staaten-Lösung) und künftige Konflikte verhindern.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
